



AfD-Fraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
Telefon: 02331-207 2129
Telefax: 02331-207 2713
E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afdhaben.de

Aktenzeichen:
2017_08_21_Kulturzentrum Pelmke

Hagen, 21.08.2017

Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 31.08.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die Sitzung des Rates der Stadt Hagen am **31.08.2017** stellen wir unter dem Tagesordnungspunkt 4) folgenden Antrag auf:

Unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 2016 des Kulturzentrums Pelmke e.V. beantragen wir, sämtliche Förderleistungen der Stadt Hagen einstweilen einzustellen. Die einstweilige Einstellung erfolgt bis zur endgültigen Klärung der Mittelverwendung durch die Einrichtung.

Grundlage der Entscheidung des Rates ist die Tatsache, dass ausweislich des Jahresberichtes des Kulturzentrums (KWA vom 27.06.2017), diese von der Stadt Hagen als Förderleistung ein Budget von 65.000,00 € erhalten hat bzw. noch erhält. Gleichzeitig erhält das Kulturzentrum weitere Landes- und Bundesmittel.

In den Ausgabenpositionen sind weitergeleitete Zuschüsse an Kooperationspartner in Höhe von 37.887,25 € verbucht. Als Kooperationspartner sind in dem einleitenden Bericht neben förderungswürdigen Einrichtungen auch die „**Antifa**“ benannt. Unklar ist, was sich darunter verbirgt.

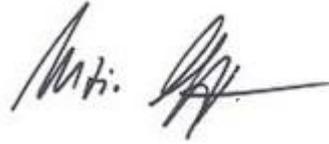
Die Antifa steht vor allem für linke, linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen. Antifa-Gruppen, insbesondere aus dem Umfeld der Autonomen-Szene, stehen in Deutschland unter Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden. Viele Antifa-Gruppen gehören zur gewaltbereiten linksextremen Szene. Der G20-Gipfel in Hamburg 07.07./08.07.2017 zeigte eine „neue Qualität“ der Gewaltbereitschaft. Am Freitagabend des Gipfels wurden im Schanzenviertel bürgerkriegsähnliche Zustände erkennbar, geschürt durch linksradikale autonomen Gruppen der Antifa. Die Stadt Hagen muss sicherstellen, dass solche verfassungsfeindlichen Gruppierungen nicht durch öffentliche Steuergelder, erst recht nicht mittelbar über Kultureinrichtungen gefördert werden. Bis zur Klärung des Sachverhaltes sind sämtliche Förderungen einzustellen und eine verbindliche Erklärung der kulturschaffenden Einrichtung einzuholen.

Sofern sich der Verdacht einer mittelbaren politischen Unterstützung der Antifa erhärtet, ist die Förderungsfähigkeit der Einrichtung in Frage zu stellen und sämtliche Förderungen einzustellen.

Mit freundlichem Gruß



*gez. Fraktionsvorsitzender
Michael Eiche*



*F.d.R. Fraktionsgeschäftsführer
Martin Goege*